

Jenseits von Stigma, Scham, Verantwortung: Wohnungslosigkeit als generalisiertes Risiko

Christoph Reinprecht, Institut für Soziologie, Universität Wien

Vortrag auf der BAWO-Fachtagung, 10.05.2022

Die Macht der Beschämung

- Beschämung als soziale Waffe, die seitens der Gesellschaft gezielt eingesetzt wird: ein Mittel der sozialen Herabstufung, mitunter auch der Ausgrenzung, ja Separierung
- Wirkmächtigkeit resultiert aus:
 - Soziale Missachtung: Soziale Angst vor Degradierung, Wertminderung, Nicht-Anerkennung, Statusverlust
 - Normabweichung: Gefühl der Unzulänglichkeit hinsichtlich des Nicht-Entsprechens sozial geteilter Normen und Werte
 - Machtlosigkeit: Wir schämen uns nicht für das, wofür wir etwas können, sondern dafür, etwas *nicht* ändern, über etwas *nicht* verfügen zu können

Stigmatisierung als interaktive Perspektive

- Der Blick, den „die Gesellschaft“ auf Wohnungslose richtet, brennt sich als Unvermögen, den Normen und Idealisierungen des Wohnens zu entsprechen, ein
- Dies gilt umso mehr in einem Kontext, in dem Individuen für ihr (Un-)Vermögen verantwortlich gemacht werden und Handlungsstrategien auf individuelle Aktivierung und Verantwortungsübernahme ausgerichtet sind
- “Pathologization/responsibilization paradox“: Wohnungslose werden durch psychozentrische Diskurse zugleich pathologisiert und für die Problemlösung verantwortlich gemacht werden

Normen und Idealisierungen

- Stabiler Wohnsitz als institutionalisierte und internalisierte Zentralnorm
 - Wohnen vermittelt soziale Identität und zugleich die Integrität der Person
- Idealisierungen
 - Sicherheit, Freiheit, Geborgenheit, Privatheit/Intimität
- Individualisierung und Marktförmigkeit („Einfamilienhaus mit Garten“)

Widersprüche

- zwischen der Zentralnorm und den zunehmend generalisierten bzw. normalisierten Risiken von Wohnungslosigkeit
- zwischen individueller Verantwortungszuschreibung und strukturellen/systemischen (Wohnungsmarkt-/Akteurs-)Logiken
- zwischen der Zuschreibung von Wohn(un)fähigkeit und der Moralisierung der Wohnungsfrage: Hygiene, Gesundheit, „richtiges Wohnen/Wohnverhalten“
- zwischen sektoralen Logiken und komplexen sozialen Konstellationen von Wohnungslosigkeit

Entstigmatisierung setzt Re-Framing voraus

- Es ist notwendig, die im Alltag scheinbar unhintergehbare Kraft handlungsleitender Normen auszusetzen
- Studie „Aus-geschämt. Entstigmatisierung Wohnungslosigkeit“
 - Durchführung: Frühjahr/Sommer 2021
 - ... im Anschluss an die Wirkungsanalyse der Wiener Wohnungslosenhilfe
 - ... vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Wiener Wohnungslosenhilfe an den Prinzipien von Housing First
 - ... unter Mitwirkung von 51 Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern (partizipative Zukunftsworkshops, Gruppendiskussionen, individuelle Interviews)
 - ... im Auftrag vom Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen

Strategien der Entstigmatisierung

3 mögliche Bereiche für Interventionen

1. Wohnungslosigkeit als Agenda der Wohnpolitik (Modell „Wohnungsmarktservice“)
2. Verschiebung des Verantwortungsdiskurses (normative Ebene)
3. Implementierung eines tatsächlichen Rechts auf Wohnen

Wohnungslosigkeit als Agenda der Wohnpolitik

Wohn(ungsmarkt)service statt Wohnungslosenhilfe

Relevanz v.
Wohnraumvermittlung

- Adressat*innengruppe: alle Personen, die Wohnraum suchen/brauchen
- Gegengewicht zur gegenwärtigen Marktlogik der Vermittlung

„Bedürfnisse statt
Bedürftigkeit“

- In Angebotsstruktur: Fokus auf diverse Bedürfnisse anstelle von Zielgruppen & Bedürftigkeit

Niederschwellige
Beratung & Information

- Beratung & Information zum Thema Wohnen in einem nicht-stigmatisierenden Rahmen, als Wissen, das ermächtigt („Büro für Wohnungsfragen“)

Professionelle
Unterstützung n. Wunsch

- Normalisierung sozialarbeiterischer, professioneller Unterstützung (z.B. durch Einbindung in diverse, neutrale Institutionen)
- Parallel auch Betreuungsverhältnisse nach Bedarf

Normative und diskursive Ebene

Fragen der Verantwortung

Generalisierung des Risikos der Wohnungslosigkeit

- Gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme, insbesondere der Wohnpolitik, die für gegenwärtige Strukturen am Wohnungsmarkt haftbar gemacht werden kann
- Übergänge & biographische Brüche als kollektive („normale“) Risiken, die gesamtgesellschaftlicher Lösungen bedürfen

Wohnen als lebenslanger Aneignungsprozess

- Als Teil einer Citizenship-Kompetenz im Kontext sich verändernder Wohnbedürfnisse/ Lebensphasen

Informelle Wohnarrangements

- Resultat der gegenwärtigen Funktionsweise des Wohnungsmarktes
- Ableitung von legitimen Ansprüchen aus illegitimen Wohnverhältnissen

Implementierung eines tatsächlichen Rechts auf Wohnen

(bedingungsloses?) Grundrecht

- Universelle, einklagbare Leistung, möglichst breiter Zugang
- Verknüpft mit anderen Grundrechten
- Verantwortlichkeit des Staates: Bereitstellung & De-Kommodifizierung von Wohnraum; Nutzung von Leerstand
- Abschaffung/Adaption v. Zugangskriterien
- Recht auf Information und Beratung

Konditionalität & Reziprozität

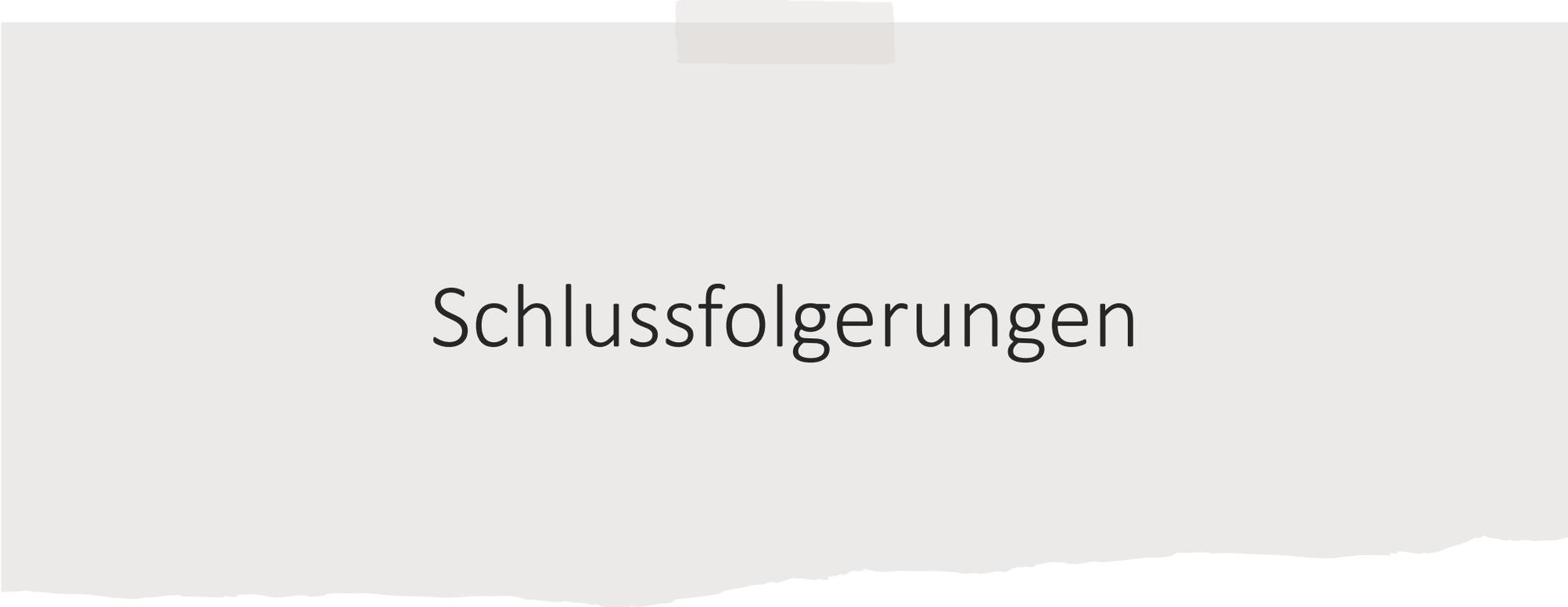
- (Um)Verteilung
- Legitimität des Bedarfs z.B. objektiviert über ein Punktesystem? „Ortsüblichkeit“?
- Reziprozitätsnormen? → „Trittbrettfahrer“ → Partizipation statt Einkommen

Mindeststandards & Qualitätsstandards

- Grundlegend: Sicherheit, Schutz, Stabilität
- Normierung von Mindest- und Qualitätsstandards: Problem der Schwelligkeit; Normalisierung des Mindeststandards

Freiheit & Selbstbestimmung

- zentrale Werte im Kontext des Wohnens
- Flexibilität (leichterer Wechsel von Mietverhältnissen, höhere Durchlässigkeit der Mietsegmente)
- Problem: gegenwärtige Funktionsweise d. Wohnungsmarktes
- Keine Pflicht zum Wohnen



Schlussfolgerungen

Reframing bedarf ...

- ... einer Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung angesichts der Generalisierung des Risikos der Wohnungslosigkeit, bspw. durch Einrichtung einer Stelle, die niederschwellig & voraussetzungsfrei Information, Beratung und Unterstützung anbietet (Wohnservice bzw. „Büro für Wohnungsfragen“)
- ... einer Infragestellung des institutionalisierten Verhältnisses von Wohnungs- und Sozialpolitik, damit einer breiter ansetzenden wohnungspolitische Verantwortung, die gleichzeitig intensiv mit dem Bereich des Sozialen interagiert
- ... eines Hinterfragens der etablierten Ausdifferenzierung bzw. Fragmentierung des Wohnungsmarktes sowie einer Absenkung der administrativen und ökonomischen Zugangsschwellen (Transaktionskosten) in allen Bereichen sowie einer rechtlichen wie ökonomischen Verpflichtung des Eigentums (Sozialpflichtigkeit d. Eigentums)

Reframing bedarf ...

- ... starker wohnungspolitischer Akzente und Eingriffe (Regulierungen und Beschränkungen d. Marktes) sowie die Verwirklichung eines umfassenden Rechts auf Wohnen; weder die Frage der Konditionalität des Rechts noch jene der Bedeutung des Wohnen (Normierungen, Mindeststandards) darf zu eng gefasst werden
- ... Wohnen nicht als individuelle, sondern als kollektive Erfahrung zu betrachten, besonders in Hinblick auf die Begründung von alternativen Ansätzen wie etwa im Bereich des neuen Genossenschaftswesens
- ... einer (selbst-)kritischen Auseinandersetzung mit Idealisierungen und Wohn-Normen, dies gilt auch in Bezug auf den Erwerb von nicht disziplinierender, sondern ermächtigender Wohnkompetenz

Reframing bedarf ...

- ... einer Re-Definition von Verantwortung: anstelle individualisierender – und auch moralisierender – Schuldzuschreibungen Verantwortung als politisch-moralische Verpflichtung, die auf ein kollektives Wohlergehen abzielt und vorrangig in Institutionen des Wohlfahrtsstaat verwirklicht wird
- ... eines stärkeren Ansatzes an Verursachungsfaktoren von Wohnungslosigkeit auf systemischer Ebene: Konstellationen wie die Herausformung sowie die Angewiesenheit auf einen informellen Wohnungsmarkt sind Resultat seiner Funktionsweise; es gilt somit, Lösungen auf wohnpolitischer Ebene zu finden und nicht Individuen, die sich in jenem bewegen und dadurch Ansprüche verlieren, hierfür zu responsabilisieren

Reframing bedarf ...

- ... einer Beibehaltung des Housing-First Ansatzes, jedoch mit einem stärkeren Framing unter Gesichtspunkten eines Rechts auf Wohnen
- ... einer Sensibilisierung für andere Wohnrealitäten, sowie auch einer stärkeren Begleitung (bspw. seitens eines Wohnservices bzw. eines „Büros für Wohnungsfragen“) in nachbarschaftlichen Konflikten und weiteren wohnrelevanten Themen
- ... sektorenübergreifender Allianzen, auch angesichts der Verwobenheit von Wohnen mit Arbeit, Bildung, etc. – und durchaus auch radikalerer Ansätze

Diskussionsthemen für den Workshop

- **Wohn(ungsmarkt)service** als Leistung der öffentlichen Hand
 - Wie kann eine solche Leistung konkret umgesetzt werden?
- **Lokale Wohnbüros** als zentrale, niederschwellig zugängliche Stellen für Beratung und Information zum Thema Wohnen sowie Wohnraumvermittlung
 - Wie sollten diese lokalen Wohnbüros konkret organisiert sein?
- Umgang mit und Anerkennung von **informellen Wohnverhältnissen**
 - Welche legitimen Ansprüche könnten aus informellen Wohnverhältnissen abgeleitet werden?
- **Recht** auf Wohnen zwischen Grundrecht und Konditionalität
 - Wie kann ein Recht auf Wohnen, ausgehend von der gegenwärtigen Lage, implementiert werden?
- Recht auf **Wohnen** zwischen Mindeststandards, Freiheit und Flexibilität
 - (Wie) können Mindeststandards im Kontext des Anspruchs von Freiheit und Flexibilität beim Wohnen formuliert werden? Braucht es diese im Kontext eines Rechts auf Wohnen?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

christoph.reinprecht@univie.ac.at

irina.kachapova@univie.ac.at